

Änderungsanträge der Fraktionen und der Verwaltung zum Haushalt 2015 - Ergebnisplan (konsumtiv)

Stand nach Beschluss HFA 03.02.15

Ifd. Nr.	Seite	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Entwurf	Ansatz Neu	Verbesserung	Verschlechterung	Antragsteller	Begründung/ Deckungsvorschlag	Stellungnahme Verwaltung	Abstimmungs- ergebnis HFA 03.02.2015	Abstimmungs- ergebnis Rat 10.02.15
1	84	160 611 000 4011 000	Grundsteuer A	42.700,00 €	49.100,00 €	6.400,00 €	- €	SPD	Da die übrigen Hebesätze erhöht werden, sollte aus gleichheitsgründen die Grundsteuer A auf 345% erhöht werden. Diese Erhöhung ist sinnvoll, weil regelmäßig Reparaturen und Sanierungen an Wirtschaftswegen durchgeführt werden.	Eine Erhöhung der Grundsteuer A kann aus Sicht der Verwaltung auch in Betracht gezogen werden. (von 295 % auf 350 %)	mit Mehrheit beschlossen (Hebesatz 350 %).	
	84	160 611 000 4011 000	Grundsteuer A	42.700,00 €				CDU		Eine Erhöhung der Grundsteuer A kann aus Sicht der Verwaltung auch in Betracht gezogen werden.	siehe oben	
2	84	160 611 000 4012 000	Grundsteuer B	2.200.000,00 €	1.978.000,00 €	- €	- €	SPD	Die Bürger sind ohnehin schon durch hohe Gebühren belastet.	Eine Reduzierung der von der Verwaltung im Entwurf vorgeschlagenen Anhebung des Hebesatzes von 555% (bisher 455%) auf 499% gefährdet extrem nicht nur die Einhaltung der sog. 5%-Grenze für 2015 sondern auch die mittelfristige Konsolidierung des Gemeindehaushalts.	mit Mehrheit abgelehnt.	
3	84	160 611 000 4013 000	Gewerbesteuer	5.100.000,00 €	5.100.000,00 €	- €	- €	SPD	Die SPD schlägt eine moderate Hebesatzerhöhung bei gleichbleibend-optimistisch geschätzten Gesamteinnahmen von 5.100.000,00 € vor. U.a. dürfen die Vermarktungen unserer Gewerbeflächen nicht durch derart hohe Hebesätze behindert werden. Konkurrenz zu nachbarkommunen mit günstigen Verkehrsanbindungen.	Eine Reduzierung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Anhebung des Hebesatzes von 515% (bisher 455%) gefährdet extrem nicht nur die Einhaltung der sog. 5%-Grenze für 2015 sondern auch die mittelfristige Konsolidierung des Gemeindehaushalts.	mit Mehrheit abgelehnt.	
4	614		Stellenplan					SPD	Personalkosten müssen der künftigen negativen Haushaltslage angepasst werden.	Eine Anpassung des Stellenplans kann für die Stellen, die im Laufe des Jahres 2015 umzuwandeln sind erst konkret erfolgen, wenn die Nachbesetzung klar ist. Die Verwaltung möchte eine gewisse Flexibilität bezüglich der Besetzung (Angestellte/r oder Beamte) freier werdender Stellen offen lassen und diese geringer vergütet und in geringerem Stellenumfang neu besetzen. Die Wiederbesetzung von Stellen ist in den letzten Jahren in Abstimmung mit der Politik erfolgt, insbesondere im Bereich des gehobenen Dienstes für Beamte und Angestellte. Außerdem sollen auch Zukunftsperspektiven für jüngere Mitarbeiter dargestellt werden. Entscheidend ist die tatsächliche Besetzung der ausgewiesenen Stellen. Eine konkrete Anpassung des Stellenplans wäre für 2016 besser möglich.	mit Mehrheit abgelehnt.	
5	114	010 111 001 4487300	Ersatz Schadensfälle Dienstwagen	200,00 €	200,00 €	- €	- €	Grüne	Dienstwagen - Prüfung, ob 1 Fahrzeug ausreicht - Elektroauto - die meisten Fahrten sind Kurzstrecken - längere Strecken mit ÖPNV oder Privat PKW.		nur zur Kenntnis	

lfd. Nr.	Seite	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Entwurf	Ansatz Neu	Verbesserung	Verschlechterung	Antragsteller	Begründung/ Deckungsvorschlag	Stellungnahme Verwaltung	Abstimmungs- ergebnis HFA 03.02.2015	Abstimmungs- ergebnis Rat 10.02.15
6	114	010 111 001 5431710	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	12.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €	- €	SPD	Presse nur für wesentliche Berichterstattungen beauftragen.	Der Ansatz wurde im vergangenen Jahr beschlossen. Zu den wesentlichen Projekten sollen wie bisher für die Bürger frühzeitig Presseberichte veröffentlicht werden. Die Aufwendungen sollen dann auch zum Jahresende auf diese Produkte/Investitionen verbucht werden. Insoweit wird ein Großteil dieser Aufwendungen auch dort verbucht wo sie angefallen sind. Der Allgemeinposten musste jedoch zeitgemäß erhöht werden.	mit Mehrheit beschlossen.	
	114	010 111 001 5431710	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	12.000,00 €	- €	- €	- €	FDP	Mit eigenem Personal erledigen.	s. Stellungnahme zu lfd. Nr. 6. Aufgrund der Vielzahl und der Größe der Projekte und Themen ist eine deartige Pressearbeit in dieser Qualität mit eigenem Personal zur Zeit nicht leistbar.	Antrag während der Sitzung abgeändert. Nun gleichlautend dem SPD-Antrag. Ergebnis siehe oben.	
	114	010 111 001 5431710	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	12.000,00 €	- €	- €	- €	Bündnis 90 Die Grünen	Ergebnis 2010 269 €, Ansatz 2015 = 24.000 € Die 12.000 € für Projekte verstecken sich bei de Wirtschaftsförderung unter Sach- und Dienstleistungen und sind laut Verwaltung für Informationen bei großen Maßnahmen z.B. Kanal oder Straße geplant. Hier ist weiterhin eine Sparsamer Umgang einzuplanen.	s. Stellungnahme zu lfd. Nr. 6. Aufgrund der Vielzahl und der Größe der Projekte und Themen ist eine deartige Pressearbeit in dieser Qualität mit eigenem Personal zur Zeit nicht leistbar.	siehe Ergebnis SPD- Antrag lfd.-Nr. 6.	
7	136	010 111 006 5441500	Haftpflicht- und Unfallversicherung	78.100,00 €	78.100,00 €	- €	- €	Bündnis 90 Die Grünen	Haftpflichtversicherung: (Beitragsmaßstab ist die Einwohnerzahl) rückläufig ca 3% über die 3 Jahre. Gemeindeunfallversicherung: Wie haben sich die Zahlen der in Betracht kommenden Menschen entwickelt? - Personal- Ehrenamtliche	Bei der Unfallversicherung wurde eine Erhöhung um 5% angekündigt, die rd. 2.000 € ausmachen. Der Ansatz ergibt sich aus der Vorausberechnung des Gemeindeunfallversicherungs- verbandes und der Unfallkasse.	nur zur Kenntnis	
8	166	010 111 013 4411200	Mieten u. Pachten/ bebaute Grd.	78.000,00 €	86.000,00 €	8.000,00 €	- €	SPD	Erhöhung Ansatz Miete um "ehemaliges Gebäude Cremer" nahe Hallenbad und "Schumacher Gelände"	Der konkrete Mietvertrag wird im HFA vorgelegt. Der Ansatz kann daher in der vorgeschlagenen Höhe eingeplant werden.	einstimmig beschlossen	
	166	010 111 013 4411200	Mieten u. Pachten/ bebaute Grd.	78.000,00 €	78.000,00 €	- €	- €	Grüne	Mittelfristige Überprüfung für höhere Erträge - Miete, Pachten.	Eine Überprüfung wird zugesagt.	nur zur Kenntnis	
9	166	010 111 013 5242500	Bewirtschaftung unbebaute Grd.	10.500,00 €	5.000,00 €	- €	- €	SPD	Im Vergleich zu dem tatsächlichen Aufwand zu hoch.	In 2015 sind wieder Maßnahmen für Heckenschnitt etc. notwendig.	Antrag zurückgezogen	
10	610	010 111 017 5431400	Sachaufwendungen	22.000,00 €	22.000,00 €	- €	- €	Bündnis 90 Die Grünen	Porto : Papierlosen Sitzungsdienst schon berücksichtigt?	Die Briefgebühren wurden ab 01.01.2015 erhöht (z.B. von 0,60 auf 0,62 EUR für Standardbrief). In einigen Verwaltungsbereichen hat sich der Aufwand erhöht (Umstellungen im Bereich Kigas und Schule u.a.). Die Ersparnis beim Porto Sitzungsdienst wird hierdurch voraussichtlich verbraucht.	nur zur Kenntnis	

lfd. Nr.	Seite	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Entwurf	Ansatz Neu	Verbesserung	Verschlechterung	Antragsteller	Begründung/ Deckungsvorschlag	Stellungnahme Verwaltung	Abstimmungs- ergebnis HFA 03.02.2015	Abstimmungs- ergebnis Rat 10.02.15
11	193	010 111 019 5241700	Unterhaltung Grundstücke u. bauliche Anlagen	22.140,00 €	15.000,00 €	- €	- €	SPD	Unterhaltung Grundstücke mit jährlich 22.140,00 € erheblich zu hoch geschätzt.	Das Rechnungsergebnis 2012 belieh sich auf 21.934 €. Das vorl. Ergebnis 2013 liegt bei 9.459 €. Hier ist zu beachten, dass dieses Konto im Budget "Unterhaltung Gebäude" liegt und dieses bereits von 260.000 EUR auf 180.600EUR gekürzt wurde. Eine Reduzierung ist hier somit nicht zu empfehlen.	Antrag mit Mehrheit abgelehnt.	
	193	010 111 019 5241700	Unterhaltung Grundstücke u. bauliche Anlagen	22.140,00 €	22.140,00 €	- €	- €	Bündnis 90 Die Grünen	Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen; Ergenis 2013= 9459€ Ansatz 2014/15 22.140€ bitte Erläuterung.	s. Stellungnahme zu lfd. Nr. 11 - SPD-Antrag	siehe oben	
12	199	020	Sicherheit und Ordnung					Bündnis 90 Die Grünen	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit 2013= 417.085€, 2015 = 592.419 €. Differenz ca. 75.000€ bitte Erläuterung.	Für 2013 sind noch keine Abschreibungen verbucht (rd. 113.000 € in 2015 rd. 128.000 € geplant). Zudem ergeben sich grundlegende Änderungen in der personellen Besetzung im Bereich Ordnung.	nur zur Kenntnis	
13	239	030 212 000	Hauptschule Kall					SPD	Bewirtschaftungskosten Die zu 100% der HS zugeordneten Kosten entsprechen nicht der tatsächlichen Nutzung; für Sekundarschule u. Gesamtschule fehlen Ansätze in Gänze.	Die Zuordnung wurde bisher nicht geändert, da sich zweimal jährlich Änderungen ergeben, bis die Hauptschule ausgelaufen ist.	nur zur Kenntnis	
14	246	030 216 000 5291430	Angebot Trainingsraum Personalkosten- Sekundarschule	- €	10.000,00 €	0,00 €	10.000,00 €	Verwaltung	Das Angebot Trainingsraum gehört zum pädagogischen Konzept der Sekundarschule/Gesamtschule. In Mechernich werden ebenfalls entsprechende Mittel bereit gestellt.		einstimmig beschlossen	
15	254	030 221 000	Förderschule für Lernbehinderte					Bündnis 90 Die Grünen	Ergebnis 2013= -57.873 €, 2015 = - 116.000 €. Wie viele Schülerinnen und Schülerinnen und Schüler besuchten 2013 diese Schulform? Danach Berechnung laut Vorlage. Wie entwickelt sich die finanzielle Beteiligung unter dem Aspekt Inklusion an Regelschulen?	Die endgültige Umlage 2013 beträgt 104.811 €. In 2013 wurden Gutschriften aus den Abschlüssen 2009 und 2010 von insgesamt rd.47.000 € verbucht. Deshalb in 2013 der geringere Aufwand. Schülerzahlen 2011=59; 2012=55; 2013=60 ; 2014= 63	nur zur Kenntnis	
16	298	050 313 000 5339100	Geldleistungen § 2 AsylbLG Asylbewerber	292.200,00 €	430.000,00 €	0,00 €	137.800,00 €	Verwaltung	Die tatsächliche Zahl der noch aufzunehmenden Flüchtlinge ist nicht abzuschätzen. Vorsorglich wird mit 80 Personen und jährlichen Kosten i.H.v. 6.875 EUR pro Person und Jahr kalkuliert.		einstimmig beschlossen	
	298	51 313 000 5339100	Geldleistungen § 2 AsylbLG Asylbewerber	292.500,00 €	412.500,00 €		120.000,00 €	CDU	60 statt 80 Personen	Nach dem Sachstand der Verwaltung sind bereits aktuell 60 Leistungsbezieher zu versorgen. Es ist mit mindestens 40 weiteren Personen zu rechnen, so dass auf das ganze Jahr hochgerechnet mind. 20 Personen mehr, also insgesamt 80 Personen zu kalkulieren sind.	Antrag zurückgezogen	
17	298	050 313 000 5241720	Unterkunftskosten AsylbLG	- €	120.000,00 €	0,00 €	- €	Verwaltung		Zur besseren Differenzierung der Aufwendungen für die Unterbringung wird ein gesondertes Sachkonto eingerichtet. Die Gesamtkosten von 550.00 € sind demnach auf die zwei Positionen Geldleistungen und Unterkunftskosten aufgeteilt	einstimmig beschlossen	

lfd. Nr.	Seite	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Entwurf	Ansatz Neu	Verbesserung	Verschlechterung	Antragsteller	Begründung/ Deckungsvorschlag	Stellungnahme Verwaltung	Abstimmungsergebnis HFA 03.02.2015	Abstimmungsergebnis Rat 10.02.15
18	298	050 313 000 4481500	Erstattungspauschale Land	95.000,00 €	165.000,00 €	70.000,00 €		Verwaltung	Deutlicher Anstieg der Anzahl der Asylbewerber.	Die Berechnung erfolgt auf Basis der Gesamtzahl in NRW mit Stand 31.12.2014. Hier wird dann die Schlüsselzahl für die Gemeinde Kall zu Grunde gelegt.	einstimmig beschlossen	
19	345	060 365 001 ff.	Kindergärten					Grüne	Bericht der Verwaltung im Sozialausschuss am 24.03.2015 über Verwendung der Verfügungspauschale ab 01.08.2014.	Die Verwaltung wird in der Sitzung des Sozialausschusses berichten. Die Verfügungspauschalen werden in allen Kigas nach Abstimmung mit den Leiterinnen entsprechend eingesetzt.	nur zur Kenntnis	
20	389	060 366 001	Öffentliche Spielplätze					FDP	alternative Nutzung überprüfen	Die Überprüfung des Umfanges und des Bedarfs an Spielplätzen wird in Abstimmung mit den politischen Vertretern und den Ortsvorstehern durchgeführt.	nur zur Kenntnis	
	389	060 366 001	Öffentliche Spielplätze					B90 / Die Grünen	Konzept zur Inanspruchnahme und Pflege im Zusammenhang vom Demographischen Wandel erarbeiten. Ansatz innerhalb kürzester Zeit um 10.000 € höher.	s. Stellungnahme zu lfd. Nr. 20 - FDP-Antrag	nur zur Kenntnis	
	389	61 366 001	Öffentliche Spielplätze					CDU	Spielplätze anpassen an demographischen Wandel	s. Stellungnahme zu lfd. Nr. 20- FDP-Antrag	nur zur Kenntnis	
21	421	080 424 003 5711000	Öffentliche Bäder	36.008,00 €	36.008,00 €	0,00 €	- €	SPD	Trennung Photovoltaik von Hallenbad sinnvoll; AFA Photovoltaik ist dem betr. "wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb Photovoltaikanlagen" zuzuordnen.	Eine Überprüfung der steuerlichen Abwicklung der Photovoltaikanlage läuft zur Zeit. Bezüglich des Hallenbades ist nach dem derzeitigen Stand eine Trennung gerade nicht sinnvoll, da die Gewinne aus der Photovoltaik mit den Verlusten des Hallenbades verrechnet werden können.	nur zur Kenntnis	
22	426	090	Räumliche Planung und Entwicklung					Bündnis 90 Die Grünen	Personalaufwendungen fast 100.000 € mehr zum Ergebnis 2013. Abrechnung Wahlen? Herr Willms ist 2014 ausgeschieden. Welches Ergebnis hat Neubesetzung zur Folge?	Durch Anpassung der produktscharfen Zuordnung aller Beschäftigten können sich Verschiebungen ergeben.	nur zur Kenntnis	
23	484	090 511 002 5291000	Umlegungsverfahren	- €	4.000,00 €	- €	4.000,00 €	Verwaltung	Sitzungen Umlegungsausschuss 2.000€ und 15.000€ für Teilungen und Urmisvermessungen Gewerbegebiet III; Hinweis: verwaltungsseitig wird och geprüft, ob die Kosten evtl. invest bei den Grundstücken/Grundstückswerten zugebucht/verbucht werden können.	Laut aktualisierter Kostenschätzung werden 4.000 € konsumtiv und 21.000 € investiv benötigt.	einstimmig beschlossen	
24	484		Straßensanierung					FDP	intensivieren, eventuell Fremdvergabe	Ansatz 50.000 € zzgl. Reste aus 2014 = 85.000 € = Gesamt 135.000 €. Ohne eine wesentliche Verbesserung der Haushaltssituation - auch durch Anhebung der Hebesätze - ist eine weitere wesentliche Steigerung der Aufwendungen für die Sanierung nicht zu verkraften.	nur zur Kenntnis	
25	484	120 541 001 5216110	Ausbau Kölner Str. L105 Fahrbahn (innerorts)	- €	1.210.000,00 €	- €	1.210.000,00 €	Verwaltung	100 % Erstattung durch Straßen NRW.		einstimmig beschlossen	

lfd. Nr.	Seite	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Entwurf	Ansatz Neu	Verbesserung	Verschlechterung	Antragsteller	Begründung/ Deckungsvorschlag	Stellungnahme Verwaltung	Abstimmungs- ergebnis HFA 03.02.2015	Abstimmungs- ergebnis Rat 10.02.15
26	484	120 541 001 4481100	Ausbau Kölner Str. L105 Fahrbahn (innerorts)	- €	1.210.000,00 €	1.210.000,00 €	0,00 €	Verwaltung	100 % Erstattung durch Straßen NRW.		einstimmig beschlossen	
27	484	120 541 001 5216160	Ausbau Kölner Str. L105 Radweg ab "In der Laach"	- €	270.000,00 €	- €	270.000,00 €	Verwaltung	100 % Erstattung durch Straßen NRW.		einstimmig beschlossen	
28	484	120 541 001 4481100	Ausbau Kölner Str. L105 Radweg ab "In der Laach"	- €	270.000,00 €	270.000,00 €	0,00 €	Verwaltung	100 % Erstattung durch Straßen NRW.		einstimmig beschlossen	
29	484	120 541 001 5242440	Gestalt. Unterführung Bahnhof Graffiti-Projekt	27.000,00 €	35.000,00 €		8.000,00 €	Verwaltung / CDU	Die Verwaltung geht davon aus, dass dieses Projekt zu 100 % durch mehrere Sponsoren und Sonderförderungen finanziert werden kann.		einstimmig beschlossen	
30	484	120 541 001 4147000	Gestalt. Unterführung Bahnhof Graffiti-Projekt	13.500,00 €	35.000,00 €	21.500,00 €		Verwaltung	Die Verwaltung geht davon aus, dass dieses Projekt zu 100 % durch mehrere Sponsoren und Sonderförderungen finanziert werden kann.		einstimmig beschlossen	
31	509	130 551 000	Öffentliches Grün Landschaftsbau	74.450,00 €	74.450,00 €	- €	0,00 €	Bündnis 90 Die Grünen	Ordentliche Aufwendungen weiter stark steigend. Konzept für Park und Grünfläche auf Basis Extensivierung.	Einsparungen können durch Herabsetzung von Standards erfolgen und evtl. durch Fremdvergabe	nur zur Kenntnis	
32	533	130 555 001 5242360	Unterhaltung Wirtschaftswege	25.000,00 €	25.000,00 €	- €	0,00 €	Bündnis 90 Die Grünen	Rest aus Anhebung Grundsteuer A.	Einen Anhebung der Grundsteuer A ist grundsätzlich möglich. Der Ansatz (Aufwand) muss jedoch beibehalten werden.	Antrag zurückgezogen	
33	582	160 611 000 4021000	Einkommensteuer	4.295.250,00 €	4.209.950,00 €		85.300,00 €	Verwaltung	Schlüsselzahl bisher: 0,0005727 neu: 0,0005721; Schätzung bisher: 7,5 Mrd. neu: 7,357 Mrd.		einstimmig beschlossen	
34	582	160 611 000 4022000	Umsatzsteuer	547.000,00 €	523.000,00 €		24.000,00 €	Verwaltung			einstimmig beschlossen	
35	582	160 611 000 5374100	Kreisumlage Allgemein	4.295.918,00 €	4.329.577,00 €		33.659,00 €	Verwaltung		Änderung nach endgültiger Beschlussfassung GFG 2015 auf Basis Beschluss Kreishaushalt.	einstimmig beschlossen	
36	582	160 611 000 5375100	Kreisumlage Jugend	2.441.590,00 €	2.432.017,00 €	9.573,00 €		Verwaltung		Änderung nach endgültiger Beschlussfassung GFG 2015 auf Basis Beschluss Kreishaushalt.	einstimmig beschlossen	
37	582	160 611 000 5376100	Kreisumlage andere Mehrbelastungen ÖPNV	366.650,00 €	353.886,00 €	12.764,00 €		Verwaltung		Änderung nach endgültiger Beschlussfassung GFG 2015 auf Basis Beschluss Kreishaushalt.	einstimmig beschlossen	
38	582	160 611 000 NEU	Differenzierte Kreisumlage Förderschule	- €	1.561,00 €		1.561,00 €	Verwaltung		Nach Übernahme der Förderschule in Euskirchen durch den Kreis ist für einen Schüler der Umlageanteil auf Basis der differenzierten Kreisumlage zu zahlen. Änderung nach endgültiger Beschlussfassung GFG 2015 auf Basis Beschluss Kreishaushalt.	einstimmig beschlossen	

lfd. Nr.	Seite	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Entwurf	Ansatz Neu	Verbesserung	Verschlechterung	Antragsteller	Begründung/ Deckungsvorschlag	Stellungnahme Verwaltung	Abstimmungs- ergebnis HFA 03.02.2015	Abstimmungs- ergebnis Rat 10.02.15
39	586	160 611 000 4111100	Abmilderungshilfe	100.000,00 €				CDU		Die Abmilderungshilfe ist weggefallen. Zusatzmittel des Landes wurden gemäß Erlass bei der Umsatzsteuer berücksichtigt i.H.v. 59.000 €	nur zur Kenntnis	
			Gesamtsumme	13.430.388,00 €	23.596.489,00 €	1.614.237,00 €	1.904.320,00 €					
					Saldo:		290.083,00 €					
					Defizit lt. Entwurf		841.717,00 €					
					Defizit nach HFA		1.131.800,00 €					

K:\EMM20\202\HHPLAN\2015\Planentwurf 2015\Beratungen Fraktionen, HFA und Rat\Änderungsliste Plan 2015 Verwaltung 03.02.2015_HFA.xls